

Made in ...

Lieferketten. Deutschland ist stärker als jede andere große Industrienation in die globale Wirtschaft eingebunden. Doch was bisher als essenziell für den Wohlstand galt, wird angesichts der Corona-Krise nun infrage gestellt. Dennoch sollte der Staat nicht leichtfertig in die Lieferketten eingreifen. Ob die Unternehmen von sich aus ihre Fertigungsprozesse überdenken sollten, bewerten Bettina Gerfer und Arndt G. Kirchhoff in unserem Pro und Kontra unterschiedlich.

—> [Seiten 2-7](#)



Schüler

Ein erheblicher Teil der Kinder im Homeschooling hat keinen eigenen Computer und läuft somit Gefahr, den Anschluss zu verlieren.

—> [Seiten 8-10](#)

Fachkräfte

Gut 500 Berufe in Deutschland sind versorgungsrelevant, in fast der Hälfte davon bestehen oder drohen Corona-bedingte Fachkräfteengpässe.

—> [Seiten 14-15](#)

Anpassen, aber nicht zerstören

Lieferketten. Die wirtschaftlichen Auswirkungen der Corona-Pandemie werfen die Frage auf, inwieweit Deutschland seine Abhängigkeit von ausländischen Lieferanten und Produktionsstandorten verringern sollte. Auch wenn es angesichts der aktuellen Situation erforderlich ist, die mit dieser Verflechtung verbundenen Risiken neu zu bewerten, sollten die Vorteile der globalen Wertschöpfungsketten nicht leichtfertig aufs Spiel gesetzt werden.

Keine andere der 20 größten Industrienationen ist so stark in die globale Wirtschaft eingebunden wie Deutschland: Die Offenheit der deutschen Wirtschaft – gemessen an

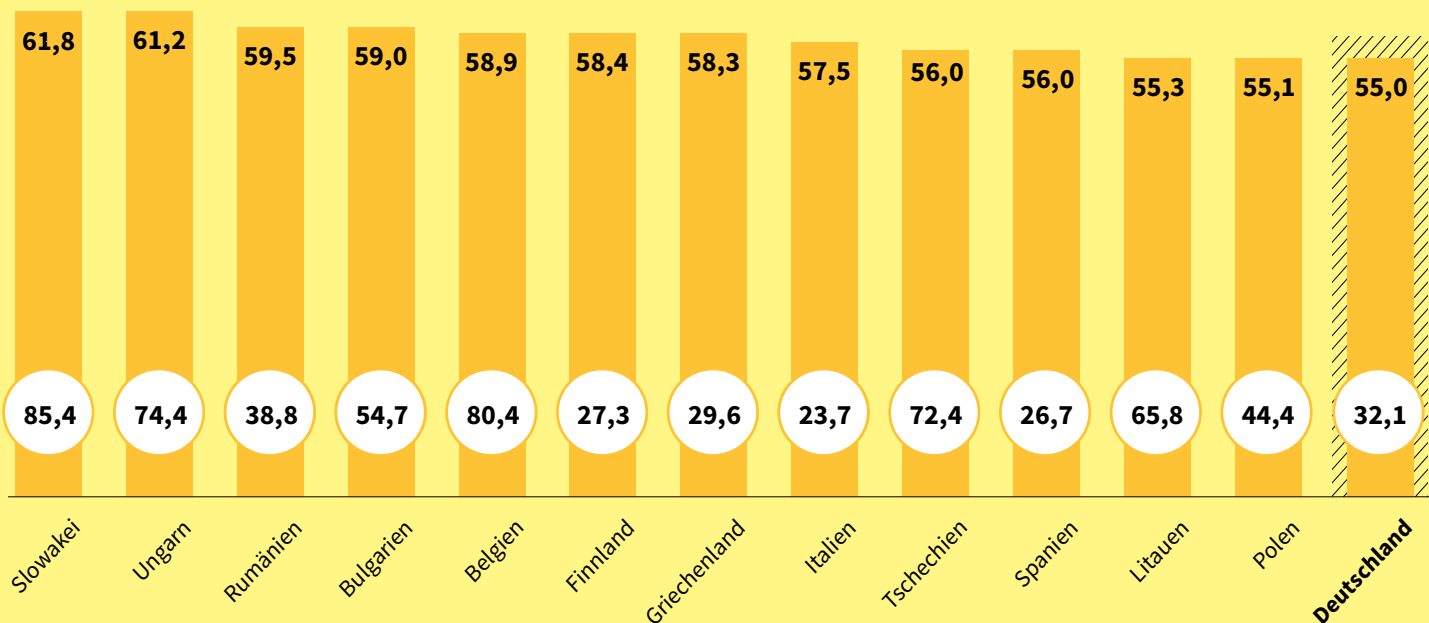
der Summe der Exporte und Importe in Relation zum Bruttoinlandsprodukt – betrug im vergangenen Jahr 88 Prozent. Die Wettbewerbsfähigkeit deutscher Produkte, welche

maßgeblich zum hohen Wohlstandsniveau in Deutschland beigetragen hat, beruht zu einem guten Teil darauf, dass hiesige Unternehmen in den vergangenen Jahrzehnten neue

EU: Vorprodukte machen einen Großteil der Importe aus

So viel Prozent der gesamten Warenimporte entfielen im Jahr 2019 auf Vorleistungen

□ Anteil der Warenimporte am Bruttoinlandsprodukt 2019 in Prozent



Quellen: Eurostat, Institut der deutschen Wirtschaft
© 2020 IW Medien / iwd

Das Risiko der Abhängigkeit vom Ausland gegen die Kostenersparnisse durch die Globalisierung neu abzuwägen, ist in erster Linie Aufgabe der Unternehmen

Produktionsstätten in der Nähe ihrer Absatzmärkte errichtet haben.

Zudem beziehen die Firmen ihre Bauteile und Komponenten mittlerweile in hohem Umfang von ausländischen Lieferanten:

Im vergangenen Jahr importierten deutsche Unternehmen Vorprodukte im Wert von 606 Milliarden Euro.

Damit ist Deutschland der mit Abstand größte Vorleistungsimpporteur in der EU – 22,5 Prozent aller Vorprodukte, die die Mitgliedsstaaten

im Ausland einkaufen, entfallen auf die Bundesrepublik.

Gemessen an den jeweiligen Gesamteinfuhren der einzelnen Länder bewegt sich Deutschland allerdings im Mittelfeld der Europäischen Union, seine so dargestellte Abhängigkeit von Vorleistungsimpporten ist also nicht übermäßig groß (Grafik):

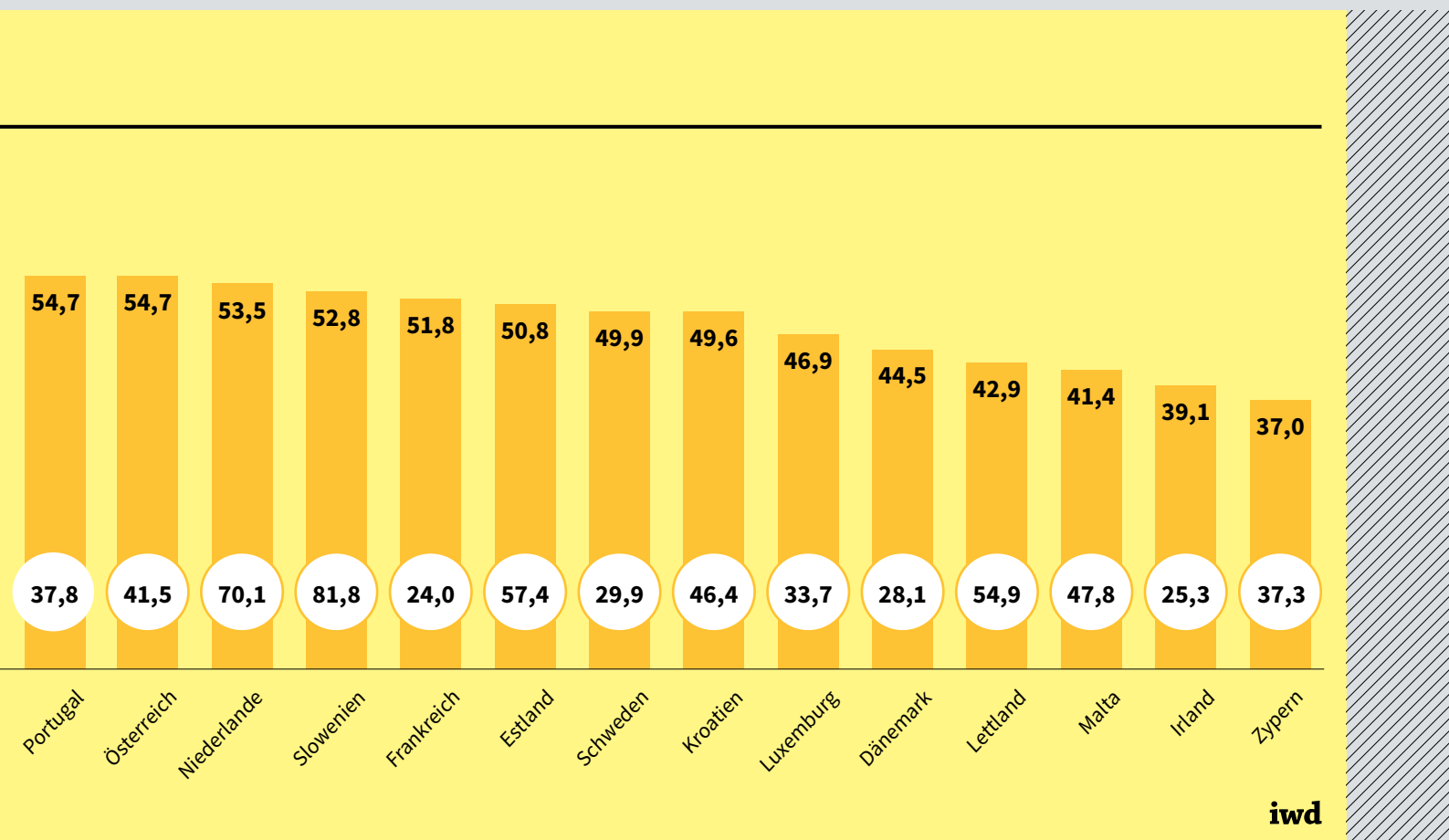
Im Jahr 2019 machten die deutschen Importe von Vorprodukten 55 Prozent der gesamten Einfuhren aus – in immerhin zwölf

anderen EU-Staaten war der Anteil höher.

Zu dieser Gruppe gehören jedoch auch Länder wie Italien, Spanien, Finnland und Griechenland, die – gemessen an ihrer Wirtschaftsleistung – insgesamt weniger importieren als Deutschland.

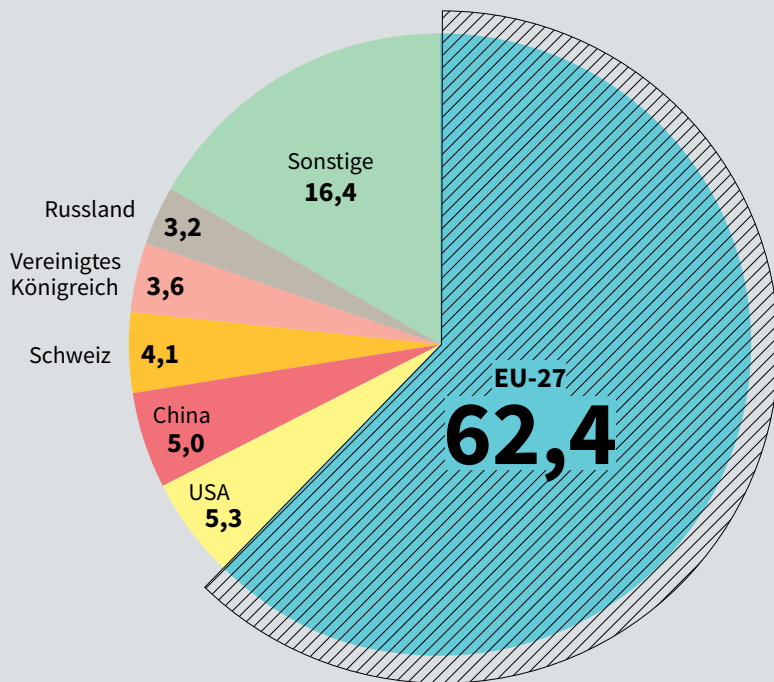
Für die Bundesrepublik sind die anderen EU-Staaten die wichtigsten Lieferanten von Vorprodukten (Grafik Seite 4):

Fortsetzung



Vorprodukte: Meist aus EU-Ländern

So viel Prozent der deutschen Vorleistungsimporte kamen im Jahr 2019 aus diesen Ländern



Darunter:

Niederlande	13,2
Belgien	6,5
Frankreich	5,9
Italien	4,9
Polen	4,7
Österreich	4,6
Tschechien	4,4

EU-27: ohne Vereinigtes Königreich

Quellen: Eurostat, Institut der deutschen Wirtschaft
© 2020 IW Medien / iwd

iwd

Mehr als 62 Prozent der von Deutschland importierten Vorleistungsgüter kommen aus anderen EU-Ländern.

Dabei stehen die Niederlande mit gut 13 Prozent an erster Stelle. Allerdings dürfte sich in dieser Zahl auch niederschlagen, dass viele Vorprodukte, die eigentlich aus anderen Teilen der Welt stammen, über den Hafen von Rotterdam ihren Weg in die Bundesrepublik finden – dieser Effekt lässt sich aus den verwendeten Handelsstatistiken nur schwer herausrechnen.

Trotz dieser Verzerrung ist immerhin gut ein Drittel der deutschen Vorleistungsimporte dem Nicht-EU-Ausland zuzurechnen – mit den USA (5,3 Prozent) und China (5,0 Prozent) als wichtigsten Lieferanten.

Länderübergreifend werden von Deutschland zu jeweils etwa 16 Prozent Teile und Zubehör von Investitionsgütern oder Transportmitteln sowie Kraft- und Schmierstoffe

importiert. Ansonsten dominieren sonstige verarbeitete Vorprodukte – eine nähere Aufschlüsselung lassen die Handelsstatistiken nicht zu.

Um genauer feststellen zu können, welche Bedeutung ausländische Vorprodukte für die Herstellung deutscher Erzeugnisse haben, muss man auf sogenannte Input-Output-Tabellen zurückgreifen, wie sie etwa die OECD für eine Datenbank verwendet. Zwar liegen diese Daten aufgrund der komplexen Berechnungen nur für das Jahr 2015 vor, dies ist jedoch angesichts der relativ beständigen Handelsströme verkraftbar.

Die OECD-Daten bestätigen jedenfalls, dass die von der deutschen Wirtschaft erbrachten Leistungen zu einem beträchtlichen Teil auf ausländischen Vorleistungen beruhen (Grafik Seite 5):

Insgesamt entfallen gut 23 Prozent der Wertschöpfung, die in deutschen Waren und Dienstleistungen steckt, auf das Ausland.

Auch in dieser Abgrenzung stehen die Vorleistungen aus der EU mit 10 Prozent an der Spitze, die Vereinigten Staaten kommen auf einen Anteil an der gesamten deutschen Wertschöpfung von 2,3 Prozent, China stellt 1,9 Prozent.

Je nach Wirtschaftszweig fallen die Anteile des Auslands und speziell Chinas zum Teil noch deutlich höher aus. Innerhalb der Industrie gilt dies zuvorderst für den Bereich Datenverarbeitung und Elektronik, hier steuert China fast 13 Prozent zur deutschen Wertschöpfung bei. Aber auch in Schlüsselbranchen wie dem Maschinenbau und der Automobilindustrie spielen andere Lieferländer und speziell das Reich der Mitte eine wesentliche Rolle:

In einer von deutschen Herstellern im In- oder Ausland für 100.000 Euro verkauften Maschine stecken im Schnitt gut 28.200 Euro an ausländischer Wertschöpfung, darunter 3.200 Euro aus China.

Selbst wenn die Wertschöpfungsbeiträge einzelner Länder nicht allzu hoch erscheinen, ist zu bedenken, dass deren strategische Bedeutung für einzelne Branchen durchaus noch größer sein kann. Dies gilt zum Beispiel, wenn eine Branche auf seltene Erden angewiesen ist, die fast ausschließlich in China zu vertretbaren Kosten gewonnen und verarbeitet werden können.

Generell aber stellt sich angesichts der Corona-Krise die Frage, ob die bisherigen Lieferketten für die deutsche Wirtschaft noch tragfähig sind oder ob die Unternehmen ihre Abhängigkeit von – oftmals nur wenigen – Zulieferern verringern müssten. Klar ist, dass Strategien wie Outsourcing und Just-in-time-Fertigung die Firmen anfällig für Produktionsunterbrechungen an einzelnen ausländischen Standorten gemacht haben. So haben zum Beispiel die Shutdowns in China und Norditalien

die hiesigen Automobilhersteller schwer getroffen.

Das Risiko der Abhängigkeit vom Ausland gegen die Kostenersparnisse durch die internationalen Wertschöpfungsketten neu abzuwägen, sollte allerdings in erster Linie in der Hand der Unternehmen liegen. Aus gesamtwirtschaftlicher Sicht wäre es sinnvoll, wenn in den entsprechenden Berechnungsmodellen zum Beispiel auch die negativen gesellschaftlichen Kosten von Produktionsausfällen berücksichtigt würden.

Der Staat sollte nur dann in das Marktgeschehen eingreifen, wenn es um klar definierte essenzielle Bereiche geht – etwa Branchen oder Produkte, die für die Versorgung der Bevölkerung unabdingbar sind. In diesem Sinne wäre zum Beispiel eine stärkere Bevorratung mit medizinischer Ausrüstung denkbar.

In jedem Fall sollte eine Neuausrichtung der Lieferstrukturen als

Reaktion auf die Corona-Krise nicht zu neuem Protektionismus führen und damit die zuletzt ohnehin gefährdeten Erfolge globaler Handelsliberalisierung weiter infrage stellen. So gilt es in der EU, die Grenzen offen zu halten. Und im Rahmen der Welthandelsorganisation könnten Staaten, die – anders als beispielsweise China – auf Offenheit und möglichst geringe staatliche Verzerrungen setzen, gemeinsam versuchen, wieder mehr multilaterale Handelserleichterungen auf den Weg zu bringen.

IW-Report 16/2020

Galina Kolev, Thomas Obst:
Die Abhängigkeit der deutschen Wirtschaft von internationalen Lieferketten

iwkoeln.de/lieferketten

Wertschöpfung: Fast ein Viertel basiert auf Importen

So viel Prozent der Wertschöpfung, die in deutschen Waren und Dienstleistungen enthalten ist, stammten im Jahr 2015 aus dem ...

	... Inland	... Ausland	Darunter:			
			EU-27	USA	China	Vereinigtes Königreich
Gesamtwirtschaft	76,6	23,4	10,0	2,3	1,9	1,4
Darunter:						
Dienstleistungen	84,3	15,7	7,0	2,1	0,7	1,2
Verarbeitendes Gewerbe	64,9	35,1	14,8	3,0	3,8	1,8
Darunter: DV-Geräte, Elektronik	54,8	45,2	10,7	4,4	12,6	1,6
Chemie, Pharmazie, Gummi, Kunststoff, Glas	60,7	39,3	14,1	3,6	1,8	2,5
Kraftwagen und -teile	71,0	29,0	15,3	2,5	2,2	1,6
Maschinenbau	71,8	28,2	12,8	2,3	3,2	1,3

Deutsche Waren und Dienstleistungen: für die Endnachfrage in Deutschland oder den Export bestimmt
EU-27: ohne Vereinigtes Königreich

Quellen: OECD, Institut der deutschen Wirtschaft
© 2020 IW Medien / iwd

Ist die Globalisierung der Industrie ein Auslaufmodell?

„Ja“,



sagt **Bettina Gerfer**,

Geschäftsführerin des Kölner Spezialmaschinenherstellers Wilhelm Rasch, der seit mehr als 60 Jahren Verpackungs- und Temperiermaschinen für die Süßwarenindustrie herstellt. Schon vor der Corona-Krise achtete Gerfer darauf, möglichst unabhängig von Zulieferern zu sein.

Diese Frage muss man sich angesichts der durch die Corona-Krise aufkommenden Probleme für das produzierende Gewerbe durchaus stellen. Für Familienunternehmen wie für uns als Spezialmaschinenhersteller war das allerdings immer schon ein Thema. Ich erinnere mich noch sehr gut daran, dass es zu Zeiten meines Großvaters völlig selbstverständlich war, so gut wie alle Teile selbst zu fertigen. Ein entsprechend hoher Spezialisierungsgrad der Mitarbeiter war normal, der Bestand an Fertigungsmaschinen enorm. Mit der fortschreitenden Globalisierung in den vergangenen drei Jahrzehnten mussten auch wir uns fragen, ob es sich lohnt, alte Maschinen gegen neue, computergesteuerte Nachfolger auszutauschen.

Wir haben im ersten Schritt in moderne CAD-Fräsmaschinen investiert, auf denen wir mittlerweile die für unsere Maschinen benötigten Wickelwerkzeuge komplett selbst fertigen. Diesen Schritt haben wir uns sehr lange überlegt, aber nur so stellen wir sicher, dass wir unseren Werkzeugbau unabhängig von Zulieferern managen können. Die Programme für unsere CAD-Maschinen schreiben wir ebenfalls selbst, sind also auch hier nicht von Dienstleistern abhängig.

Allerdings kam es auch bei uns dazu, dass wir uns zunehmend auf die Suche nach globalen Zulieferern für mechanische Standardkomponenten gemacht haben, da es auf den ersten Blick viel preiswerter schien, als in die eigene Infrastruktur zu investieren. Elektroteile kaufen wir ausschließlich im deutschen Markt zu, Fernost war

für uns schon aufgrund unserer geringen Stückzahlen keine wirkliche Alternative, auch wenn man anfangs, weil es ja schließlich modern war, vielleicht damit geliebäugelt hat.

Schnell hatten wir sowohl lokale als auch weitere deutsche und europäische Partner identifiziert, die wir bei Kapazitätsengpässen in der Eigenfertigung immer noch beauftragen. Jedoch gab und gibt es mit einzelnen Zulieferern immer wieder Probleme mit Lieferterminen und Qualität. Einerseits mag dies sicherlich daher kommen, dass wir unseren Kunden auch für alte Maschinen immer noch Ersatzteile liefern, deren Zeichnungen häufig noch nicht CAD-technisch aufgearbeitet wurden. Andererseits liegt es wohl aber auch an der Sorgfalt bei der Herstellung.

Masse ist eben nicht das, wofür wir als Spezialmaschinenhersteller stehen. Daher haben wir uns vor einiger Zeit entschlossen, auch in die Modernisierung unserer übrigen Produktionsmaschinen für mechanische Teile zu investieren. Spezialmaschinenbau bedeutet häufig Einfeldfertigung rund ums Produkt und daher geringe Stückzahlen. Bauen wir Prototypen oder testen eine neue Wickeltechnik, benötigen wir oft ganz schnell neue, etwas modifizierte Teile. Genau hier bewähren sich unsere hohe Eigenfertigungstiefe und starken lokalen Partner, die auf Zuruf immer da sind. Nicht abhängig zu sein von globalen Partnern stellt sich für uns gerade jetzt als Segen heraus. Die Krise enthüllt die eigenen Stärken und Schwächen – machen und lernen wir etwas daraus!

Pro und Kontra. In vielen deutschen Industriebetrieben standen die Bänder nicht nur deshalb wochenlang still, weil Mitarbeiter wegen der Ansteckungsgefahr durch das Coronavirus zu Hause bleiben mussten, sondern auch, weil Vorprodukte aus dem Ausland fehlten. Während einige Unternehmer die Globalisierung nach wie vor befürworten, sehen andere Firmenchefs die internationale Arbeitsteilung kritisch.

„Nein“,



sagt **Arndt G. Kirchhoff**, geschäftsführender Gesellschafter der Kirchhoff-Gruppe, eines Automobilzulieferers.

Die Globalisierung wurde leider in der letzten Zeit durch die Einführung von Zöllen, zunehmenden Protektionismus und zähe Diskussionen über Freihandelsabkommen zurückgeworfen. Dabei ist die Globalisierung ein Wohlstandstreiber. Sie sorgt für die Übertragung von Know-how und den Aufbau von Arbeitsplätzen, gerade auch in Entwicklungsregionen. Dort haben Bildungs- und Erwerbsbeteiligung in den vergangenen drei Jahrzehnten Hunderte von Millionen Menschen aus der Armut befreit. Die kontinuierliche Steigerung des Welthandels hat vielen bessere Lebensbedingungen beschert. Auch wenn wir jetzt pandemiebedingt den stärksten Rückgang der Wirtschaftsleistung seit dem Zweiten Weltkrieg erleben, müssen wir an dem Ziel festhalten, jenen Teilen der Weltbevölkerung, die noch unter Not und Hunger leiden, die Chance auf eine lebenswerte Zukunft zu geben. Das geht nur mit einem globalen Ansatz, wie sie etwa die Compact-with-Africa-Initiative vorsieht. Hierbei sollen Investitionen in die Infrastruktur und in moderne Technologien nicht nur für Arbeitsplätze sorgen, sondern auch eine nachhaltigere Weltwirtschaft ermöglichen. Der Aufbau einer Wasserstoffwirtschaft in Afrika, bei dem der Wasserstoff in der europäischen Industrie – etwa in der Stahlerzeugung – eingesetzt wird, wäre eine Lösung für eine CO₂-freie Produktion. Angesichts der dramatischen Auswirkungen der Pandemie werden wir mit Sicherheit auch Erkenntnisse gewinnen, die zu einer Neubewertung von offenen Märkten und freiem Handel führen. Denn wir müssen

zurzeit lernen, mit der Corona-Pandemie zu leben und zu arbeiten – und das werden wir nur in Zusammenarbeit mit den anderen europäischen Ländern schaffen. Wenn dies gelingt, wird Europa auch künftig ein wettbewerbsfähiger Wirtschaftsraum gegenüber Amerika und Asien sein.

Auch wirksamer Klimaschutz wird nur grenzübergreifend gelingen. Um die von der Wirtschaft mitgetragenen ehrgeizigen Klimaziele zu erreichen, hatten die Firmen schon vor Corona damit begonnen, die Nachhaltigkeitsziele in ihre Strategien aufzunehmen. Dazu gehört die Frage der Rohstoffherkunft und –aufbereitung genauso wie das Ziel, den Ressourcenverbrauch insgesamt zu reduzieren und die Wiederverwendbarkeit zu ermöglichen und zu organisieren. Auch die weltweiten Lieferketten einschließlich der Logistik werden auf ihren CO₂-Ausstoß überprüft.

Globalisierung und Freihandel sind die Voraussetzung dafür, dass wir die großen Zukunftsthemen gelöst bekommen: schnellere Digitalisierung, gute Infrastruktur, mehr regenerative Energieerzeugung, Erreichung der Klimaziele und eine neue Mobilität. In der Pandemiephase erleben wir gerade nahezu täglich eine neue enge Zusammenarbeit zwischen der Wirtschaft und den politisch Verantwortlichen in allen Staaten. Diese enge globale Zusammenarbeit sollten wir alle in guter Erinnerung behalten, wenn wir uns nach der Krise wieder verstärkt daranmachen, diese großen Herausforderungen zu lösen.

Generation offline

Schüler. Ein nicht unerheblicher Teil der Kinder, die derzeit per Homeschooling unterrichtet werden, dürfte den Anschluss an den Schulstoff verloren haben. Denn viele Schüler verfügen nicht mal über einen eigenen Computer.

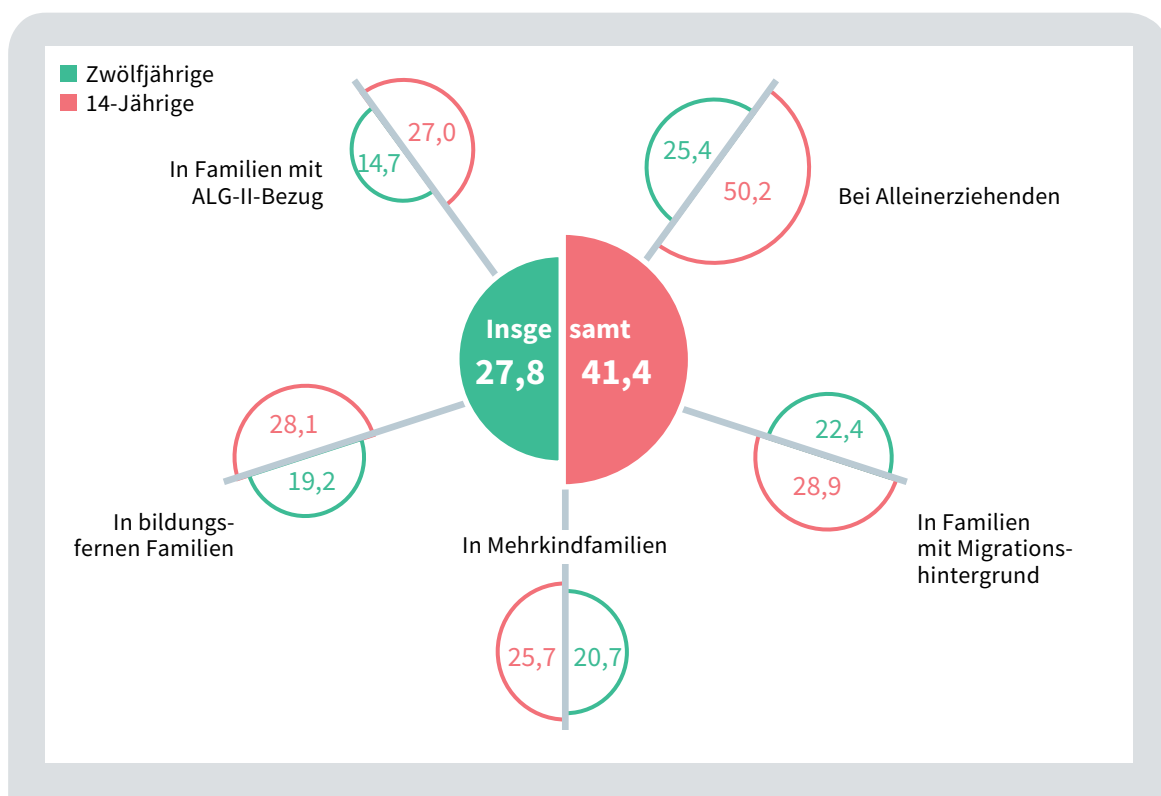
Auf den ersten Blick sind die Lebensumstände von Kindern in Deutschland ziemlich komfortabel: 85 Prozent der Zwölfjährigen hatten 2018 ein eigenes Zimmer, 90 Prozent verfügten über einen eigenen Schreibtisch und ebenso viele hatten

Zugang zu einem PC oder Laptop. Damit hat der allergrößte Teil dieser Altersgruppe zu Hause ein gut ausgestattetes Lern- und Lebensumfeld – zumindest in normalen Zeiten. Unter Shutdown-Bedingungen sieht das Leben von Kindern aller-

dings ganz anders aus. Es ist die Zeit des unvermittelt gestarteten Homeschoolings, für das in den meisten Fällen auch noch kein Ende absehbar ist. Wenn Lehrer jeden Tag neue Arbeitsblätter per E-Mail versenden und Videokonferenzen mit ganzen

Die PC-Dichte in deutschen Kinderzimmern

So viel Prozent der Kinder in Deutschland besaßen in den Jahren 2017/2018 einen eigenen Computer



Klassenverbänden abhalten, dann reicht es nicht, wenn Schüler zu Hause Zugang zu einem PC haben – jetzt brauchen sie ein eigenes Gerät, eines, das sie sich nicht mit Geschwistern oder mit im Homeoffice arbeitenden Eltern teilen müssen. Und hier sehen die Zahlen schon etwas ernüchternder aus (Grafik Seite 8):

In den Jahren 2017/18 hatten nur 28 Prozent der Zwölfjährigen in Deutschland einen eigenen PC oder Laptop, bei den 14-Jährigen waren es gut 41 Prozent.

Kinder, die in ungünstigen häuslichen Lebensverhältnissen groß werden, müssen häufig mit einer noch schlechteren Lernausstattung klarkommen. So haben lediglich 15 Prozent der Zwölfjährigen in Hartz-IV-Haushalten einen eigenen Computer, in Familien mit drei oder mehr Kindern besitzt nur jeder vierte 14-Jährige einen eigenen PC – in Haushalten von Alleinerziehenden dagegen jeder zweite.

Nun garantiert allein der Besitz eines Computers noch nicht, dass er auch sinnvoll genutzt wird. Aber angesichts der geringen PC-Ausstattungsquote von Schülern aus bildungsfernen und/oder ärmeren Haushalten ist der Beschluss der Bundesregierung, bedürftigen Schülern einen Zuschuss von 150 Euro für die Anschaffung von Laptops und anderen Geräten zu zahlen, eine erste gute Hilfe. Denn so wird ihnen wenigstens die Anschaffung der technischen Grundausstattung für das Zu-Hause-Lernen erleichtert.

Doch Geld für PCs wird nicht ausreichen, damit Kinder, die gerade den Anschluss verlieren, wieder in einen künftigen Schulalltag integriert werden können. Die Politik sollte darüber hinaus folgende Besonderheiten beachten, um Kinder aus bildungsfernen Familien, von Alleinerziehenden oder aus Familien

mit Migrationshintergrund in der Corona-Krise nicht zurückzulassen:

- Bei der Gestaltung von Exitstrategien sollten Kinder aus besonders ungünstigen häuslichen Lebensverhältnissen bevorzugt behandelt werden – zum Beispiel, indem sie früher wieder Zugang zu einer Betreuung mit höherem Stundenumfang erhalten.
- Unmittelbar nach der Wiedereröffnung der Schulen sollten benachteiligte Kinder intensiv gefördert

werden, um Rückstände aufzuholen. Die Förderung sollte einen weit größeren zeitlichen Umfang als die regulären Förderkurse haben und gegebenenfalls auch in den Ferien fortgesetzt werden.

- Die Familienpolitik sollte dafür sorgen, das Lern- und Lebensumfeld von Kindern in ungünstigen familiären Verhältnissen auch langfristig zu

Fortsetzung

Arbeitgeberpreis für Bildung

Noch bis zum 16. August können sich Bildungseinrichtungen um den „Deutschen Arbeitgeberpreis für Bildung 2020“ bewerben. Der Wettbewerb steht in diesem Jahr unter dem Motto „Geht nicht – gibt’s nicht! Bildungseinrichtungen zeigen und fördern Problemlösungskompetenz“. Gesucht wird eine Kita, eine Schule, eine Hochschule oder eine andere Bildungseinrichtung, die zeigt, wie sie mit den Herausforderungen ihres Bildungsalltags umgegangen ist, was sie konkret in die Praxis umgesetzt hat und was andere von ihr lernen können.

Der Preis wird in vier Kategorien vergeben – frühkindliche, schulische, berufliche und hochschulische Bildung – und ist mit je 10.000 Euro dotiert. Bewerben können sich Lehrerinnen und Lehrer – einzeln oder als Team – sowie alle, die eine Leitungsfunktion in einer entsprechenden Bildungseinrichtung innehaben. Die Jury besteht aus Bildungsexperten und -expertinnen aus Unternehmen, Wissenschaft, Stiftungswesen und Politik. Die Preisverleihung findet am 26. November 2020 beim Deutschen Arbeitbertag in Berlin statt. Der Arbeitgeberpreis für Bildung wird seit mehr als 20 Jahren von der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA) vergeben und von der Deutschen Telekom und der Deutschen Bahn unterstützt.



Alle Informationen zur Ausschreibung finden Sie unter:
arbeitsgeberpreis-fuer-bildung.de

verbessern. So könnten Angebote wie Kinder- und Jugendtreffs und ähnliche Einrichtungen weiter ausgebaut werden. Darüber hinaus sollte das Angebot an Ganztagschulen erweitert sowie qualitativ hochwertig ausgestattet werden. Dabei sollten multiprofessionelle Teams zum Einsatz kommen, die neben Lehrkräften und Erziehern auch Sozialarbeiter und Psychologen umfassen.

- Bei massiven Fehlentwicklungen in Familien sollte gerade in Ausnahmesituationen, wie sie aktuell herrschen, schnellstmöglich eingegriffen werden. So wäre es beispielsweise nötig, dass Schulsozialarbeiter mit den von ihnen betreuten Kindern in Krisenzeiten wie dem Shutdown engen Kontakt halten.

Natürlich können und müssen auch die Eltern ihrem Nachwuchs in schwierigen Zeiten beistehen. Ein zentraler Beitrag für ein gutes soziales Umfeld sind gemeinsame Mahlzeiten: Sie verleihen dem Alltag Struktur, wenn sie nach festen Ritualen und weitgehend immer zu den gleichen Zeiten eingenommen werden, und bieten eine gute Gelegenheit zum Austausch mit anderen Familienmitgliedern.

Besonders gut ist hier die Lage von Kindern aus Familien mit Migrationshintergrund (Grafik):

Fast 94 Prozent der Zwölfjährigen, die in Familien mit ausländischen Wurzeln aufwachsen, essen an Wochenenden dreimal täglich zusammen mit einem oder mehreren Familienmitgliedern.

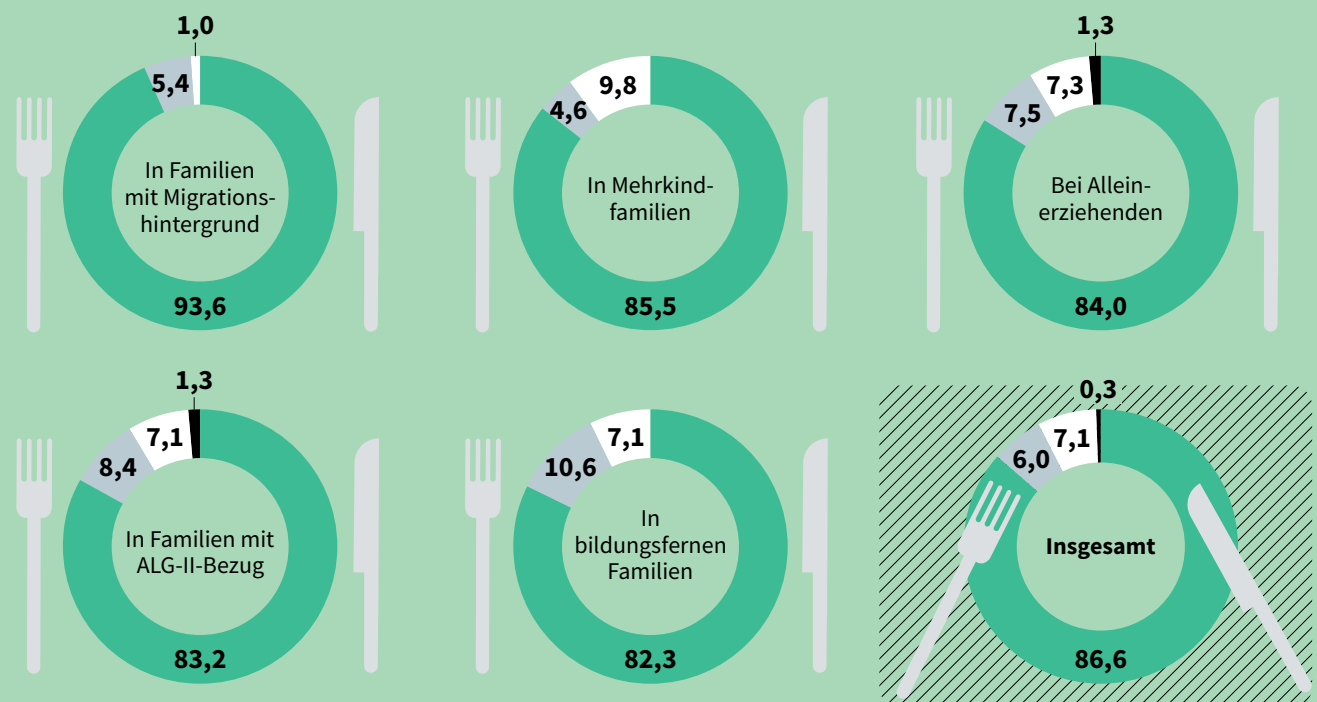
Im Bundesdurchschnitt tun dies 87 Prozent. Mit weniger als zwei Mahlzeiten am Tag müssen laut Sozio-oekonomischem Panel nur 0,3 Prozent der Kinder dieser Altersklasse auskommen. Da man allerdings davon ausgehen kann, dass Eltern, die Schwierigkeiten mit der Grundversorgung ihrer Kinder haben, kaum an solchen Befragungen teilnehmen, dürfte die tatsächliche Zahl der Kinder, die unregelmäßig und zu wenig zu essen bekommen, höher sein.

IW-Report 15/2020
 Wido Geis-Thöne: Häusliches Umfeld in der Krise: Ein Teil der Kinder braucht mehr Unterstützung
iwkoeln.de/kinderunterstuetzung

Gemeinsame Mahlzeiten: Nicht überall die Regel

So viel Prozent der Zwölfjährigen in Deutschland aßen in den Jahren 2017/2018 am Wochenende ...

- ... täglich drei Mahlzeiten mit der Familie
- ... täglich zwei Mahlzeiten
- ... täglich drei Mahlzeiten, nicht alle mit der Familie
- ... täglich weniger als zwei Mahlzeiten



Quellen: Sozio-oekonomisches Panel, Institut der deutschen Wirtschaft
 © 2020 IW Medien / iwd

Ohne Kurzarbeit geht's nicht

Unternehmen. 81 Prozent der Firmen, die von der Corona-Pandemie stark betroffen sind, haben bereits Mitte April Kurzarbeit angemeldet. Das zeigt eine neue Unternehmensbefragung des Instituts der deutschen Wirtschaft und der IW Consult.

In der dritten Aprilwoche hat das IW 555 Unternehmen im Rahmen des neuen IW-Covid-19-Panels vor allem zum Thema Kurzarbeit befragt (Kasten). Insgesamt haben 55 Prozent der befragten Firmen gegenüber der Bundesagentur für Arbeit Kurzarbeit angezeigt (Grafik). Unter ihnen befanden sich auch 29 Prozent jener Unternehmen, denen die Pandemie bislang nicht oder nur wenig zugesetzt hat – wahrscheinlich wollen diese Firmen vorbereitet sein, sollte sich die wirtschaftliche Lage zuspitzen.

Differenziert nach Sektoren belegt das Panel, dass die Industrie – in der 57 Prozent der Firmen in Kurzarbeit sind – das Instrument etwas häufiger nutzt als der Dienstleistungssektor – hier sind es 52 Prozent. Weitere 17 Prozent der befragten Unternehmen ziehen Kurzarbeit zumindest in Erwägung oder planen schon konkret damit. Die gute Nachricht für die von Kurzarbeit betroffenen Mitarbeiter:

In rund 38 Prozent der Firmen, die Kurzarbeit in Anspruch nehmen oder es erwägen, gibt es für die Mitarbeiter einen Zuschuss – bei 32 Prozent freiwillig, bei 6 Prozent tariflich oder betrieblich vereinbart.

Die überwiegende Mehrheit der befragten Firmen ist damit zufrieden, wie sich die Bundesagentur für Arbeit um die Auszahlung des Kurzarbeitergelds kümmert: Rund sieben von zehn Unternehmen bewerten die Arbeit der Agentur und ihre Informationspolitik positiv.

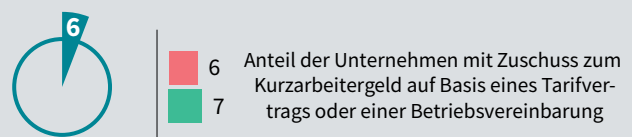
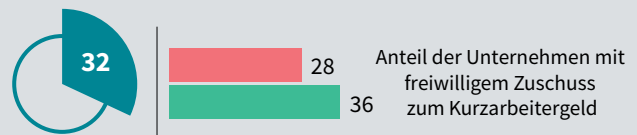
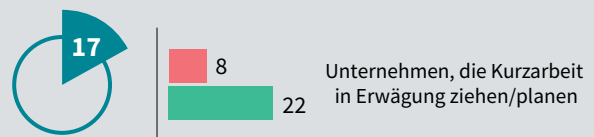
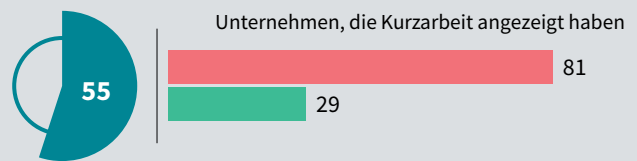
Entsprechend kritisch sind die jüngsten politischen Entwicklungen: Die Bundesregierung hat Mitte April entschieden, dass sich das Kurzarbeitergeld mit der Bezugsdauer erhöht. Das könnte es für die Bundesagentur schwieriger machen, Anträge und Auszahlungen weiterhin so schnell und zuverlässig abzuwickeln.

Hinzu kommt der deutlich höhere Verwaltungs- und Kostenaufwand für die Firmen, die das Kurzarbeitergeld sowie die zugehörigen Sozialabgaben vorstrecken.

Die Mehrheit der Firmen setzt auf Kurzarbeit

in Prozent in Deutschland

- Insgesamt
- Von Pandemie stark betroffen
- Von Pandemie gering betroffen



Befragung von 555 Firmen im Zeitraum vom 14. bis 23. April 2020; Zuschuss zum Kurzarbeitergeld: 393 befragte Firmen; Grad der Betroffenheit: Wie stark ist Ihr Unternehmen auf einer Skala von 0 (aktuell nicht beeinträchtigt) bis 100 (aktuell existenzgefährdend beeinträchtigt) von der Covid-19-Krise aktuell beeinträchtigt?; von Pandemie stark betroffen: 70 bis 100 Punkte; von Pandemie gering betroffen: 0 bis 30 Punkte

Quelle: Institut der deutschen Wirtschaft, IW Consult
© 2020 IW Medien / iwd



IW-Covid-19-Panel

Das neue Panel soll jeden Monat einen Überblick darüber geben, wie es um die deutsche Wirtschaft in der Krise steht. Die zweite Befragungswelle startet am 14. Mai. Dafür können sich Unternehmen, die bislang nicht teilgenommen haben, schon jetzt unter covid-19-panel.de registrieren. Alle Teilnehmer erhalten im Nachgang kostenlos einen individuellen Benchmark-Bericht.

IW-Kurzbericht 56/2020

Thomas Schleiermacher, Oliver Stettes:

Kurzarbeit im Zeichen von Corona – Trotz düsterer Aussichten ein paar Lichtblicke

iwkoeln.de/covid-panel-1

Deutschland kann es verkraften

Staatsverschuldung. Nach Jahren der schwarzen Null und Milliardenüberschüssen in den öffentlichen Kassen ist eine Neuverschuldung aufgrund der Corona-Krise für die Bundesrepublik unausweichlich. Dank der bis zuletzt positiven Finanzentwicklung ist der Staat dafür aber gut gerüstet.

Man hatte sich schon fast an die fetten Jahre gewöhnt, in denen die deutsche Wirtschaft einen Wachstumsrekord nach dem anderen verzeichnete. Mit der Corona-Pandemie hat sich dies schlagartig geändert: Kurzarbeitergeld, unbegrenzte Kredite, Soforthilfen – in den vergangenen Wochen hat die Bundesregie-

rung im Rekordtempo beispiellose Hilfsmaßnahmen verabschiedet. Damit steht der Finanzpolitik eine Zeitenwende bevor, in der die Kosten der Corona-Krise die Nettoneuverschuldung des Bundes in ungewöhnliche Höhen treiben werden.

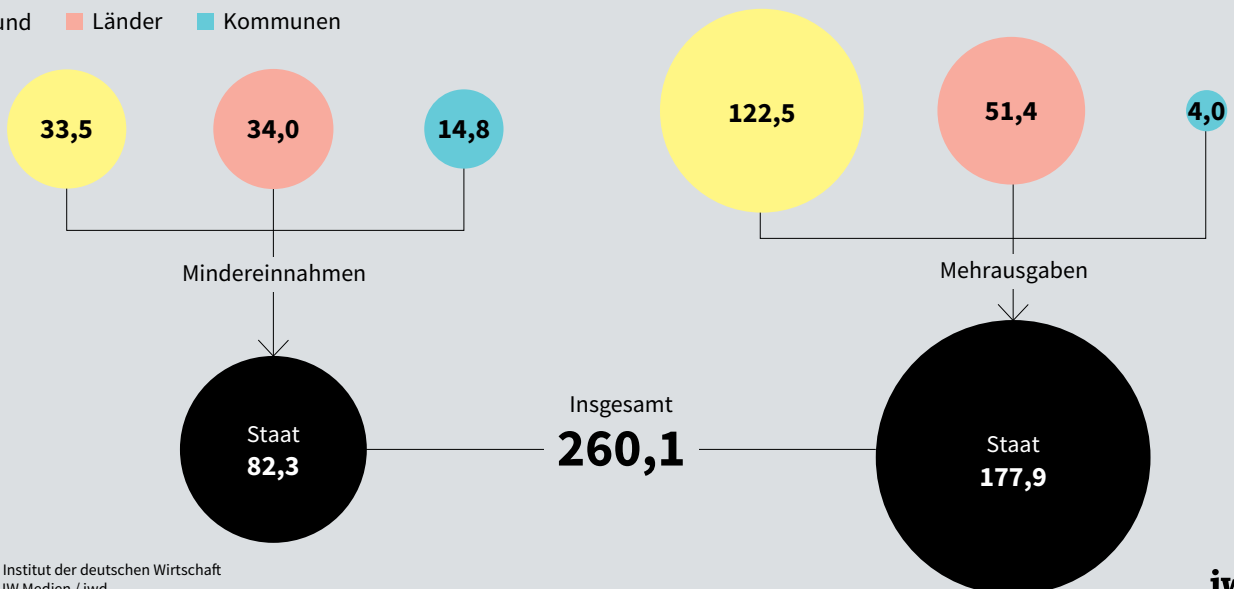
Dafür sind nicht nur die zusätzlichen Ausgaben verantwortlich,

sondern auch die wegbrechenden Einnahmen. So rechnen Bund und Länder mit jeweils rund 10 Prozent weniger Steuereinnahmen für das laufende Jahr, wodurch sie jeweils auf etwa 34 Milliarden Euro verzichten müssten. Prozentual noch mehr Einbußen als Bund und Länder könnten die Kommunen haben, da

Der Staat braucht Geld

Voraussichtlicher Finanzierungsbedarf Deutschlands im Jahr 2020 durch die Corona-Pandemie in Milliarden Euro

■ Bund ■ Länder ■ Kommunen



Quelle: Institut der deutschen Wirtschaft
© 2020 IW Medien / iwd

die Gewerbesteuer fast die Hälfte der kommunalen Steuereinkünfte ausmacht. Und dass diese wegbricht, ist wahrscheinlich – wie der Blick zurück auf das Krisenjahr 2009 zeigt: Damals gingen die Gewerbesteuer-einnahmen um 21 Prozent zurück. Dagegen schrumpften die Einnahmen aus Einkommen- und Umsatzsteuer, die zwei Drittel der Steuereinkünfte von Bund und Ländern ausmachen, nur um gut 3 Prozent.

Sollten die gesamten Steuereinnahmen der Kommunen jetzt erneut stärker ausfallen als jene von Bund und Ländern, würde das ein Loch von rund 15 Milliarden Euro in die Gemeindekassen reißen.

Bund, Länder und Gemeinden müssten damit im laufenden Jahr auf mehr als 82 Milliarden Euro eingeplanter Steuereinnahmen verzichten.

Gleichzeitig sind enorme Ausgaben zur Eindämmung der Pandemie und zur Bekämpfung der wirtschaftlichen Folgen erforderlich. Für das laufende Jahr hat der Bund bereits in einem Nachtragshaushalt 122,5 Milliarden Euro gebilligt. Hinzu kommen die zusätzlichen Ausgaben der Länder, die sich derzeit auf ungefähr 51 Milliarden Euro summieren. Auch für die Kommunen ist zumindest noch mit einem mittleren einstelligen Milliardenbeitrag zu rechnen – obwohl das Gros der Ausgaben von Bund und Ländern erstattet wird. Damit muss der Staat tief in die Tasche greifen (Grafik Seite 12):

Deutschland benötigt für das Jahr 2020 wegen der Auswirkungen der Corona-Pandemie schätzungsweise 260 Milliarden Euro zusätzlich.

In den Finanzierungsrahmen eingerechnet sind auch gestundete Steuern für 2020 – die aber im nächsten Jahr bezahlt werden müssen. Das Kurzarbeitergeld, das aus der Arbeitslosenversicherung

Schuldenstand in Deutschland

Mögliche Auswirkungen der Corona-Krise auf die Staatsverschuldung im Jahr 2020

Rückgang des Bruttoinlandsprodukts

um ... **5** Prozent



Schuldenquote steigt im Jahr 2019 von 60 Prozent

auf ... **75** Prozent



um ... **10** Prozent



auf ... **80** Prozent



Berechnung der Schuldenquote: einschließlich Kreditermächtigungen, die im Rahmen des Wirtschaftsstabilisierungsfonds erteilt werden

Quelle: Institut der deutschen Wirtschaft
© 2020 IW Medien / iwd

iwd

finanziert wird, bleibt in dieser Rechnung allerdings unberücksichtigt – ebenso wie mögliche Finanzierungsdefizite der Sozialversicherungsträger.

Somit wird die Schuldenquote – also das Verhältnis von Schuldenstand zu Bruttoinlandsprodukt – bis zum Jahresende hochschnellen. Um wie viel, ist allerdings davon abhängig, wie stark das Bruttoinlandsprodukt sinkt (Grafik):

Schrumpft die Wirtschaftsleistung um 5 Prozent und berücksichtigt man die im Rahmen des Wirtschaftsstabilisierungsfonds erteilten Kreditermächtigungen, könnte die deutsche Staatsschuldenquote im Jahr 2020 auf rund 75 Prozent steigen.

Zum Vergleich: Im Jahr 2019 erfüllte die Schuldenquote mit rund 60 Prozent noch das Maastricht-Kriterium.

Bei einem stärkeren wirtschaftlichen Einbruch – zum Beispiel um 10 Prozent – könnte die Schuldenquote sogar auf bis zu 80 Prozent steigen. Verursacht würde das durch weitere fiskalische Belastungen,

beispielsweise durch stärker einbrechende Steuereinnahmen. Diese würden höhere Schulden mit sich bringen und die Quote nach oben treiben.

Doch wie gravierend wäre eine Neuverschuldung in dieser Höhe? Eine Schuldenquote von 75 Prozent oder mehr würde zwar die Stabilisierung der öffentlichen Haushalte um einige Jahre zurückwerfen. Allerdings wären diese auch dann immer noch in einem besseren Zustand als nach der Finanzkrise. Somit macht sich die solide Finanzpolitik der vergangenen Jahre jetzt bezahlt – der Staat verfügt über eine große Handlungsfähigkeit. Dies gilt allerdings nur, wenn sich das gesellschaftliche und wirtschaftliche Leben im Laufe des Jahres wieder normalisiert und die Krise nicht über 2020 hinausreicht.

IW-Kurzbericht 52/2020

Martin Beznoska, Tobias Hentze:
Rekordneuverschuldung ist verkräftbar
iwkoeln.de/Neuverschuldung

Die Corona-Engpässe

Fachkräfte. Welche Berufe sind in Deutschland unverzichtbar für die Grundversorgung der Bevölkerung und wo drohen in der Corona-Krise Fachkräfteengpässe? Weil es auf diese Fragen bislang keine eindeutigen Antworten gibt, ist das Kompetenzzentrum Fachkräftesicherung (KOFA) im Institut der deutschen Wirtschaft dem Problem in einer Studie nachgegangen.

Systemrelevant – dieser Begriff fiel in den vergangenen Tagen und Wochen oft, wenn es um die Grundversorgung der Bevölkerung in der Corona-Krise ging. Das Problem: Es gibt bisher keine einheitliche Definition und der Begriff ist eher unpassend. Denn es geht nicht um das „System“ der Wirtschaft, zu dem alle Branchen gehören, sondern um „kritische Infrastrukturen“ mit besonderer Bedeutung für die Grundversorgung der Bevölkerung und die öffentliche Sicherheit. Für diese Infrastrukturen haben Bund und Länder definiert, welche Branchen dazugehören und welche eben nicht.

Das Institut der deutschen Wirtschaft (IW) hat nun mit einer Studie eine einheitliche Grundlage für weitere Diskussionen geschaffen. Dabei sprechen die Forscher von „Versorgungsrelevanz“, da dieser Begriff zutreffender ist. Er wird zudem weiter gefasst als bisher, damit auch die für die Grundversorgung der Bevölkerung benötigten Wertschöpfungsketten berücksichtigt werden. So kann beispielsweise ein Arzt im Krankenhaus die Patienten nicht angemessen behandeln, wenn die Haustechnik nicht funktioniert oder es an Hygieneartikeln mangelt.

Anders als bisher üblich haben die Forscher nicht mehr ganze Branchen als versorgungsrelevant definiert, sondern entsprechende Berufe. So ist zum Beispiel die Lebensmittelindustrie zwar grundsätzlich wichtig für die Versorgung der Menschen. Berufe, in denen alkoholische Getränke hergestellt werden, sind aber nicht versorgungsrelevant. Nach dieser Definition zeigt sich (Grafik):

In Deutschland gibt es insgesamt 501 versorgungsrelevante Berufe.

Die meisten davon sind in den Bereichen Gesundheit (102), Transport und Verkehr (95) sowie Ernährung (68) zu finden. Blickt man auf die Fachkräftesituation in den versorgungsrelevanten Berufen, so zeigen sich Herausforderungen bei der Bewältigung der Krise.

In fast der Hälfte der versorgungsrelevanten Berufe bestehen derzeit Fachkräfteengpässe oder sie sind zu erwarten.

Um herauszufinden, wie sich die Fachkräftesituation in den einzelnen Bereichen im Detail darstellt, hat das IW einen Index anhand von vier Kriterien entwickelt:

- Mehrbedarf an Fachkräften wie derzeit im Gesundheitssektor,
- Fachkräfteengpässe vor der Corona-Krise,
- Wegfall von Arbeitskräften, zum Beispiel durch vermehrte Krankheitsfälle, und
- mögliches Aktivierungspotenzial, etwa durch Beschäftigte aus nicht versorgungsrelevanten Branchen.

Das Ergebnis der Berechnungen zeigt ein eindeutiges Bild:

Es gibt in Deutschland 27 Berufe, die besonders anfällig für Corona-bedingte Fachkräfteengpässe sind – 22 davon gehören zum Gesundheitssektor.

Den höchstmöglichen Indexwert acht und damit ein ausgesprochen hohes Risiko eines Fachkräftemangels hat das IW bei Fachkrankenpflegerinnen und -pflegern, Führungskräften im Gesundheitsbereich, wie beispielsweise Stationsleitungen, sowie Altenpflege-Spezialisten ausgemacht.

Außerhalb des Gesundheitsbereichs weisen Berufe in der öffentlichen Verwaltung die höchsten Risiken auf.

In weiteren 195 versorgungsrelevanten Berufen besteht mit einem Indexwert von drei bis fünf ein erhöhtes Risiko, in der Corona-Krise durch einen Fachkräfteengpass in Versorgungsprobleme zu geraten.

Auch wenn der Gesundheitsbereich die meisten gefährdeten Berufe aufweist, sind andere Bereiche ebenfalls stark betroffen. So sind elf der 15 Berufe im Bereich Betreuung und Erziehung einem erhöhten Risiko eines Fachkräfteengpasses ausgesetzt.

Corona-Krise: Mehr als 500 Berufe sind versorgungsrelevant

Zahl der versorgungsrelevanten Berufe je Sektor und deren Corona-bedingtes Engpassrisiko

	Corona-Engpassindexwert				501 Insgesamt	Sozialversicherungs- pflichtig Beschäftigte in versorgungsrelevanten Berufen im Jahr 2018
	0	1 bis 2	3 bis 5	6 bis 8		
Gesundheit	0	29	51	22	102	3.722.300
Transport und Verkehr	4	50	41	0	95	2.578.200
Ernährung	4	45	19	0	68	606.500
Staat und Verwaltung	2	27	24	3	56	869.200
Medizintechnik, Hygieneartikel und Verpackung	1	24	21	0	46	355.900
Informationstechnik und Telekommunikation	2	16	4	0	22	552.100
Energie	4	16	1	0	21	100.400
Handel	3	9	8	1	21	854.400
Ver- und Entsorgung	1	11	6	0	18	103.000
Instandhaltung	0	11	6	0	17	314.000
Betreuung und Erziehung	0	3	11	1	15	1.486.800
Journalismus	4	6	0	0	10	69.200
Finanzen und Versicherungen	0	3	3	0	6	547.800
Personal und Löhne	1	3	0	0	4	63.200

Indexwert 1–2: geringes Risiko eines Corona-bedingten Fachkräftengpasses; Indexwert 3–5: mittleres Risiko eines Corona-bedingten Fachkräftengpasses; Indexwert 6–8: hohes Risiko eines Corona-bedingten Fachkräftengpasses

Quelle: Institut der deutschen Wirtschaft
© 2020 IW Medien / iwd

iwd

Von den Berufen in der Kategorie Medizintechnik, Hygieneartikel und Verpackung trägt knapp die Hälfte ein erhöhtes Risiko, in der Transportbranche und der Verwaltung sind es jeweils 43 Prozent.

Auf der Grundlage dieser Informationen gilt es nun, die nächsten Schritte zu tun, um dem Fachkräftemangel in versorgungsrelevanten Berufen entgegenzuwirken.

So sollten Bevölkerung, öffentliche Institutionen sowie Unternehmen mehr Informationen zum Fachkräftebedarf in diesen Berufen erhalten. Ziel ist es, Angebot und Nachfrage durch intensiven Austausch und kluge Nutzung bestehender Plattformen effektiv zusammenzu-

führen. Stärker vereinheitlichte Regularien sowie ein zentrales Informationsportal aller Bundesländer würden dabei helfen. Außerdem sollten qualifizierte Arbeitskräfte noch leichter kurzfristig und vorübergehend in versorgungsrelevante Tätigkeiten wechseln können.

KOFA-Studie 1/2020

Alexander Burstedde et al.: „Versorgungsrelevante“ Berufe in der Corona-Krise – Fachkräftesituation und Fachkräftepotenziale in kritischen Infrastrukturen

kofa.de/studie-corona

Impressum



Herausgeber: Institut der deutschen Wirtschaft Köln e.V. · **Präsident:** Arndt Günter Kirchhoff · **Direktor:** Prof. Dr. Michael Hüther · **Mitglieder:** Verbände und Unternehmen in Deutschland · **Redaktionsleiter:** Jork Herrmann (verantwortlich) · **Redaktion:** Berit Schmiedendorf (stellv.), Andreas Wodok (Textchef), Lara Blankenberg, Carsten Ruge, Alexander Weber · **Redaktionsassistent:** Anja Hüpper · **Grafik:** IW Medien GmbH · **E-Mail:** iwd@iwkoeln.de · **Bezugspreis:** € 11,89/Monat inkl. Versand und MwSt., Erscheinungsweise 14-tägig · **Abo-Service:** Therese Hartmann, Telefon: 0221 4981-443, hartmann@iwkoeln.de · **Verlag:** Institut der deutschen Wirtschaft Köln Medien GmbH, Postfach 10 18 63, 50458 Köln · **Telefon:** 0221 4981-0, **Fax:** 0221 4981-445 · **Druck:** Henke GmbH, Brühl · **Rechte für Nachdruck oder elektronische Verwertung über:** lizenzen@iwkoeln.de · Zur Abwicklung des Vertriebs erforderliche Daten werden nach den Bestimmungen des Bundesdatenschutzgesetzes verwaltet, E-Mail: datschutz-iwd@iwmedien.de.

Zahl der Woche



**Um real
2,8 Prozent**

ist der Einzelhandelsumsatz in Deutschland im März 2020 gegenüber dem Vorjahresmonat zurückgegangen. Der Shutdown hat sich allerdings ganz unterschiedlich auf die Branche ausgewirkt: Am meisten profitiert hat der Internet- und Versandhandel mit einem Umsatzplus von 13,4 Prozent. Auch Lebensmittel, Getränke und Tabakwaren wurden verstärkt nachgefragt: Die Umsätze sind im Vergleich zum März 2019 um 8,9 Prozent gestiegen – Supermärkte, SB-Warenhäuser und Verbrauchermärkte verzeichneten sogar ein Plus von 10,3 Prozent. Auch Apotheken sowie Einzelhändler, die kosmetische, pharmazeutische und medizinische Produkte anbieten, hatten im Vergleich zum Vorjahresmonat 7 Prozent mehr Umsatz. Sinkende Umsätze meldet der Einzelhandel mit Nicht-Lebensmitteln. Hier beläuft sich das Minus auf rund 10 Prozent. Das ist der stärkste Rückgang in diesem Segment seit Beginn der Zeitreihe im Jahr 1994. Besonders hart hat es Einzelhändler getroffen, die Textilien, Bekleidung, Schuhe und Lederwaren verkaufen: Sie setzten im März 2020 fast 53 Prozent weniger um als im März 2019. Waren- und Kaufhäuser kamen auf minus 30 Prozent.

Top-Liste: Selbstständige in der Kultur

Der Lockdown infolge der Corona-Pandemie trifft den Kultursektor hart. Denn viele Erwerbstätige in diesem Bereich haben keinen festen Arbeitsplatz, sondern sind Solo-Selbstständige oder Freiberufler – für sie bedeuten abgesagte Festivals, Theateraufführungen und Konzerte sowie geschlossene Museen unmittelbar erhebliche Einkommensverluste. Insgesamt waren von den rund 1,3 Millionen Personen, die in Deutschland im Jahr 2018 in Kulturberufen arbeiteten, 436.000 oder 34 Prozent auf eigene Rechnung unterwegs. Besonders hoch war dieser Anteil im Kunsthandwerk und der bildenden Kunst, bei Fotografen sowie Musikern, Sängern, Komponisten und Dirigenten.

